

Wer Wir sind:

Wir als People for Future Kiel setzen uns für eine vernünftige, wissenschaftsbasierte Politik ein - in Kiel, Berlin und Brüssel. Wir möchten durch unser politisches Handeln dazu beitragen, dass diese Erde für die nächsten Generationen lebenswert bleibt.

Grundüberzeugung:

Wir sind angesichts der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse davon überzeugt, dass zur Sicherung einer lebenswerten Existenz aller Menschen die zeitnahe, drastische Begrenzung der Emissionen von CO₂ und anderen Treibhausgasen notwendig ist.

Als Maßgabe hierfür betrachten wir die Pariser Klimaziele von 2015, die mittlere Erderwärmung auf weitere 2°C, besser auf 1,5°C schnellstmöglich zu begrenzen.

Aus unserer Sicht muss die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens (1,5°C bis <2°C Erwärmung) als völkerrechtlich verbindliches Abkommen sofort schnellstmöglich umgesetzt werden und höchste politische Priorität haben.

Daher fordern wir den Klimaschutz mit einem eigenen Artikel in das Grundgesetz aufzunehmen.

Wir sehen den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für uns und insbesondere auch für die kommenden Generationen als unsere ethische Verpflichtung an.

Wir wollen die Politik dahingehend beeinflussen, dass sie nicht nur mit Verboten, sondern überwiegend als Planer, Vermittler und Entscheider tätig wird. Es müssen finanzielle Anreize dafür geschaffen werden, dass sowohl private Haushalte als auch Unternehmen mehr Klimaschutz realisieren.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir auch die Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele der UN (UN Global Goals).

Wir wollen durch Aktionen, Unterstützung und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen auf die Dringlichkeit der Herausforderung hinweisen.

Wir wollen durch eigenes Verhalten zur Zielerreichung beitragen.

Unsere Positionen und Forderungen zu einzelnen Themenkomplexen:

Klima- und Umweltschutz

- Aufnahme des nachhaltigen Klimaschutzes ins Grundgesetz
- Prüfung aller Gesetze und Vorhaben auf Vereinbarkeit mit Klimaschutz und damit verbundenen Zielen
- Förderung des Natur- und Artenschutzes
- Vermeidung der Einbringung von Schadstoffen (z.B. Abwasser, Plastik, Gifte)
- Erhalt von Wäldern und Ausbau von Schutzgebieten als Beitrag zum Erhalt von Artenvielfalt und als CO₂ Senke
- Zerstörung von Natur als einem öffentlichen Gut muss effektiv sanktioniert werden.

Energieversorgung

- Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger
- Weiterführung des Ausstieges aus der Nutzung der Kernkraft
- Zügiger Ausbau von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien (z.B. Wind- und Solar-energie, Biomasse, Geothermie)

- Zügiger Ausbau von Leitungsnetzen und Speichern zur Sicherung der Energieversorgung
- Konsequente Nutzung von Energiesparpotentialen
- Keine weitere Subvention fossiler und nuklearer Energieträgernutzung

Verkehr

- Ausbau eines attraktiven, kostengünstigen ÖPNV
- Ausbau des Radwegenetzes
- Verlagerung von der Straße auf die Schiene
- Ausbau der Fördeschifffahrt zur Entlastung der Straßen
- Ziel soll ein emissionsneutraler und umweltschonender Personen- und Güterverkehr sein
- Verpflichtung von Kreuzfahrt- und Frachtschiffen zur Abnahme von grünen Landstrom

Bauwesen

- Erlassen von Richtlinien zur Schaffung eines nachhaltigen Bauwesens
- Nutzung und Förderung vorhandener, klimafreundlicher und ressourcenschonender Methoden für Herstellung, Heizung und Betrieb von Gebäuden von der Zementgewinnung bis zur Fassadenbegrünung
- Baugenehmigungen an ökologische Bedingungen als Voraussetzung knüpfen
- Für alle Neubauten sollte die Installation solartechnischer Anlagen angestrebt werden

Landwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

- Landwirtschaft, die die Fruchtbarkeit von Böden bewahrt, die Wasserversorgung erhält sowie die Artenvielfalt schützt (Ökologische Landwirtschaft)
- Landwirtschaft, die dem Klimaschutz dient, indem sie CO₂ bindet, statt ihn auszustoßen
- artgerechte und extensive Tierhaltung
- Abkehr von auf maximalen Ertrag ausgerichteten industriellen Nahrungsmittelproduktion
- Erhalt der Artenvielfalt in den Weltmeeren durch verantwortliche Fischerei

Abfallwirtschaft

- weitestmögliche Reduzierung von Abfällen durch entsprechende Vorgaben und Anreize
- Sofortiger Stopp und Verbot von Müllexporten in Drittländer, sofern nicht ein vergleichbarer Recyclingstandard sichergestellt ist
- konsequente Kreislaufwirtschaft als Grundprinzip

Entwicklungspolitik

- Entwicklungspolitik soll die sog. Empfängerländer in die Lage versetzen, ihr Wirtschaftssystem klimaschonend zu entwickeln
- Maßgabe soll Hilfe zur Selbsthilfe sein
- Zur Erreichung dieser Ziel auch das Mittel des Schuldenerlasses in Betracht ziehen

Wirtschafts- und Außenpolitik

- Verwendung einer CO₂-Steuer bzw. Abgabe als Lenkungselement
- Einsatz von Steuersenkungen als gezielter Anreiz
- Vorrangige Berücksichtigung der Klima- und Umweltziele in Handelsabkommen